

Jahresbericht 2007 des Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.

Erschienen in:

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (4), 165-168

Der Förderverein konnte im letzten Jahr den Naturschutz im Allgemeinen und das vom Verein betreute Naturschutzgroßprojekt des Bundes im Besonderen für die kommenden Auseinandersetzungen und Entscheidungen in eine gute Position bringen. Im Jahre 2007 hat der Verein Kaufverträge über 58 Hektar Flächen abgeschlossen, ganz überwiegend im Kerngebiet des Naturschutzgroßprojektes. Der Flächenerwerb wird auch im Jahr 2008 fortgesetzt und bleibt der Schwerpunkt der Naturschutzarbeit des Vereins.

Die vom Landwirtschaftsministerium Brandenburg (MLUV) gewünschten trilateralen Verhandlungen zur qualifizierten Beendigung des Naturschutzgroßprojektes sind im Jahre 2007 trotz konstruktiver Ansätze nicht wirklich vorangekommen. Ein mehrfach verschobener Termin wurde von Seiten des MLUV im November bis auf weiteres abgesagt. Statt dessen scheinen im Ministerium wieder die Kräfte die Oberhand zu gewinnen, die nicht an einer Verhandlungslösung interessiert sind, sondern unumgängliche Entscheidungen und die Akzeptanz staatlicherseits nicht zu verändernder Gegebenheiten möglichst weit nach hinten schieben und dazu erneut die Auseinandersetzung auf die gerichtliche Ebene verlagern wollen. Von daher dürfte das Jahr 2007 darüber entscheiden, ob die nächsten Jahre für eine Reihe mehrerer, vom Land Brandenburg nicht zu gewinnender gerichtlicher Auseinandersetzungen geprägt sein werden oder ob beide Seiten nach einer vernünftigen Verhandlungslösung auf der Grundlage geltenden Rechts endlich ihre Energien auf die praktische Naturschutzarbeit vor Ort konzentrieren können.

Anfang des Jahres 2007 ist bereits die Jagd- und Fischereiverordnung in Kraft getreten. Der Verein hat sich mit ihr auseinandergesetzt und Stellung bezogen, wie in diesem Jahrbuch ausführlich dokumentiert. Wie so häufig, nicht nur in Brandenburg, dürfte für die praktische Naturschutzarbeit der tatsächliche Vollzug weit wichtiger sein als die komplizierten Formulierungen der Verordnungen auf dem Papier.

Vor den Verwaltungsgerichten Potsdam und Frankfurt hat der Verein alle Verfahren gewonnen, die er, um eine Klärung herbeizuführen, zu seinem eigenen Bedauern gegen die Kommunen bzw. Ämter führen musste. Die Gebührenbescheide der Ämter für die Wasser- und Bodenverbände erwiesen sich allesamt als rechtswidrig, schon wegen verschiedener Formfehler. Im Grunde aber haben vor allem die Kommunen die gleichen Interessen wie unser Verein und erwarten von der Brandenburgischen Landesregierung eine gerechte, vernünftige und praktikable Lösung. Die dazu notwendige Novellierung des Brandenburgischen Wassergesetzes zieht sich aber immer mehr in die Länge und es stellt sich bald die Frage, ob sie in dieser Legislaturperiode überhaupt noch gelingt. In der Brandenburgischen Akademie

Schloss Criewen fanden 2004 und 2007 gut besuchte Tagungen zu diesem Thema statt, einige Beiträge dieses Jahrbuchs nehmen darauf Bezug.

Die im Jahre 2000 vom Brandenburgischen Landwirtschaftsministerium angeordnete Unternehmensflurbereinigung hat bisher zwar viele Millionen Euro in den Straßenbau der Region gepumpt, aber noch keine Flurstücke neu geordnet. MLUV und Verein streben an, sich vor dieser Flächenneuordnung einvernehmlich auf eine Gebietskulisse zu verständigen, also möglichst großflächig und unzerteilt die Flächen des Nationalparks entweder dem Verein oder dem Lande Brandenburg zuzuordnen. Allerdings hat das MLUV seinen Versuch, wenn schon nicht alle, so doch die meisten Vereinsflächen in den wirtschaftlich wie auch naturschutzfachlich wenig attraktiven Totalreservaten (Zone I) unterzubringen, noch nicht aufgegeben. Das Ministerium dürfte für diesen Versuch aber kaum eine juristische Handhabe haben.

Ein Hinweis auf die sich verschärfende Situation im Verhältnis zwischen dem Verein und dem Landwirtschaftsministerium ergibt sich aus dem Versuch des Landkreises Barnim, den Verein am Erwerb weiterer Flächen zu hindern: Ein privater ortsansässiger Grundstückseigentümer hatte dem Verein mehrere kleine Flurstücke mit einer Gesamtgröße von rund sechs Hektar verkauft, die teilweise innerhalb des Nationalparks, teilweise außerhalb des Nationalparks und innerhalb des Kerngebietes des Naturschutzgroßprojektes, sowie teilweise außerhalb des Kerngebietes gelegen sind. Für die Agrargenossenschaft Lüdersdorf, die die besagte Fläche ebenfalls erwerben wollte, machte der Landkreis Barnim deswegen ein Vorkaufsrecht geltend mit der Begründung, der Verein als Käufer sei anders als die Agrargenossenschaft kein landwirtschaftlicher Betrieb, und zwar zu Gunsten der Siedlungsbehörde Sachsen-Anhalt, die dann die Flächen der Agrargenossenschaft weiter verkaufen wollte. Grundlage für dieses Konstrukt war das Reichssiedlungsgesetz, 1919 dazu geschaffen, eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden zu verhindern.

Die Verhandlung vor dem Amtsgericht Frankfurt ist auf Anfang 2008 festgesetzt. Für den Verein hat der Versuch des Landkreises Barnim, der vom Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung und damit auch vom Brandenburgischen Landwirtschaftsminister unterstützt wird, trotz der kleinen Fläche eine große Bedeutung, stellt sich doch die Frage, ob sich der Verein als Flächeneigentümer, anders als bisher üblich und gewollt, doch als landwirtschaftlicher Betrieb aufstellen muss, um weiterhin in Konkurrenz mit anderen Landwirten Flächen erwerben zu können. Bisher war die Linie des Vereins - ganz im Interesse der landwirtschaftlichen Betriebe - die vereinseigenen Flächen eben nicht selbst zu bewirtschaften, sondern den ortsansässigen bisherigen Pächtern zur Bewirtschaftung anzubieten. Diese Linie des Vereins würde in Frage gestellt, wenn der Landkreis Barnim in dem Verfahren um das Vorkaufsrecht obsiegen würde.

Nicht zu kurz kommen sollen im Jahresbericht aber auch die erfreulichen Beobachtungen der Natur. So sind an den Oderhängen in der Nähe von Stützkow und in den Densenbergen im Mai Wiedehopfe (*Upupa epops*) gesichtet worden, die eigentlich nicht hier heimisch sind. Bleibt zu hoffen, dass die Vögel auch bald zur Brut schreiten. Die seltene Weißbartseeschwalbe (*Chlidonias hybridus*) bleibt dem Unteren Odertal mit fünf Brutpaaren treu. Mindestens sieben Jungvögel wurden flügge. 2006 konnte das erste Mal seit 60 Jahren im Unteren Odertal wieder ein Bruterfolg gemeldet werden. Auch fünf Paar Weißflügelseeschwalben (*Chlidonias*

leucopterus) begannen ihr Brutgeschäft, aber nur eins der beiden Paare, die am Rande einer Trauerseeschwalbenkolonie (*Chlidonias niger*) brüteten, zogen Junge auf. Die Trauerseeschwalbe hat mit in diesem Jahr 127 Brutpaaren im Unteren Odertal ihr bedeutendstes Vorkommen in Deutschland (vergleiche Gille und Krummholz 2007, in diesem Jahrbuch).

Gezählt wurden außerdem sechs Brutpaare des Seeadlers (*Haliaeetus albicilla*), die insgesamt vier Jungvögel aufzogen, 250 rufende Männchen des Wachtelkönigs (*Crex crex*), zehn singende Männchen, sowie ein fütterndes Weibchen des Seggenrohrsängers (*Acrocephalus paludicola*) und immerhin zwei rufende Uhus (*Bubo bubo*). Wer Ohren hat der höre! Gesehen, wenn auch nur von Infrarotkameras, wurden auch wieder wandernde Wölfe und Elche. Von einem Ansiedlungserfolg aber kann man da noch lange nicht sprechen. Aber es ist schon bemerkenswert, wie fröhlich die immer wieder einwandernden Elche mittlerweile in der Öffentlichkeit begrüßt werden, nachdem es 1998 eine gezielte Medienkampagne geschafft hat, möglicher Weise einwandernde Elche zur Horrorvision des Pflege- und Entwicklungsplans zu machen.

Erfreulich ist auch, dass nunmehr der nördlichste Teil des Nationalparks, der Staffelder Polder (Polder 8), durch eine Öffnung der Deiche an den Wasserstand der Westoder angeschlossen werden soll. Zwar verhindert das Marienhofer Wehr, dass der aktuelle Wasserstand der Stromoder auf diesen dann zur Westoder hin offenen Polder Einfluss nehmen kann. Allerdings schwankt der Wasserstand der Westoder nicht zuletzt durch Rückstau bei Nordwind erheblich, so dass es im Staffelder Polder durchaus zu Ein- und Ausströmungsvorgängen kommen kann. Die geplanten Deichlücken sollen 100, 60 und 40 Meter lang sein. Es handelt sich dabei um eine Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in den südlichen Poldern im Rahmen der Deichbaumaßnahmen, auf die der Verein mit Nachdruck Wert gelegt hat. Natürlich stellte er auch seine Grundstücke zur Verfügung. Es ist zu hoffen, dass das Auenüberflutungsmoor mit einer Dicke von sechs Metern unter dem Einfluss eines naturnahen Wasserregimes wieder wachsen wird. Wir hoffen auch auf ruhige Lebensräume für seltene und bedrohte Vögel.

Interessant ist auch eine zunehmend in Brandenburg geführte Diskussion über den Umgang mit entlegenen Randgebieten. Nicht von ungefähr hatte der heutige Finanzminister Rainer Speer (SPD) vor der „Verödung und Verblödung ganzer Landstriche“ gewarnt. Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung schlägt im Auftrag des Brandenburgischen Landtages nun vor, die Abwanderung aus entlegenen Gebieten sogar zu fördern, um dort nicht mit unverhältnismäßig viel Steuergeld eine komplette Infrastruktur vorhalten zu müssen. Die Gutachter empfehlen eine Umwidmung dieser entleerten Räume „zu einem Naturerlebnisgebiet Wildnis“, das Touristen anzieht. Dieser „kontrollierten Verwilderung“ kann Thomas Kralinski, der zum engsten Beraterkreis um Ministerpräsidenten Platzeck (SPD) gehört und Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion sowie Chefredakteur der parteinahen Zeitschrift „Perspektive 21“ ist, durchaus etwas positives abgewinnen. Brandenburg werde damit leben müssen, dass nicht alle Regionen entwickelt werden können und „manche Region zum Rückzugsraum für Natur und Tier wird“. Der Nationalpark Unteres Odertal sei ein erfreuliches Beispiel dafür, „wie bewirtschaftete Fläche Schritt für Schritt wieder der Natur überlassen wird“, so Kralinski.

Aber auf der anderen Seite bleibt der Nationalpark weiterhin durch ökonomisch wie ökologisch völlig unsinnige Infrastrukturmaßnahmen bedroht. Zwar hat die Stadt Schwedt es immer noch nicht geschafft, den geplanten Gleisanschluss des Industriestandortes zum Hafen auf einer Länge von wenigen Kilometern zu bewerkstelligen, fordert aber unverdrossen die Verbreiterung der B 198 zur A 11, den völligen Neubau einer grenzüberschreitenden B 166 und den Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße für Küstenmotorschiffe. Der Verein wird sich weiterhin gegen wirtschaftlich völlig unsinnige Landschaftszerschneidung zur Wehr setzen, insbesondere gegen die Neutrassierung der B 166 nach Polen und die Verbreiterung und Vertiefung der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße.

Nicht zuletzt eine gründliche Analyse der Technischen Universität Berlin aus dem Jahre 2007 hat deutlich gemacht, dass die Verkehrsinfrastruktur für die östliche Uckermark mehr als ausreichend ist. Die Belastung des Straßennetzes in der Uckermark nimmt wegen des Bevölkerungsschwundes in Zukunft eher ab. Wurden 1990 noch 29.200 Kinder in Brandenburg geboren so waren es drei Jahre später noch 12.300. Schon aus diesen Zahlen kann man die Bevölkerungsentwicklung der Zukunft ableiten. Die Einwohnerzahl von Schwedt ist seit der Wende trotz umfangreicher Eingemeindungen von 54.000 auf heute 36.000 geschrumpft, 5.000 Wohnungen in der Stadt wurden bereits abgerissen.

Darüber hinaus hat der Verein im Jahre 2007 wieder gemeinsam mit der Nationalparkstiftung im zehnten Jahr in Folge sein Exkursionsprogramm durchgeführt, mit insgesamt 13 Exkursionen und 204 Besuchern. Mit dem Tierpark Angermünde wurde eine Kooperation zur regelmäßigen Anlieferung von Heu aus dem Nationalpark geschlossen, zusammen mit einem Landwirt, der das Gras mäht, trocknet und transportiert. Diese Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Tiergärten ist uns wichtig, nicht nur der öffentlichen Akzeptanz wegen. Der Verein hat sich 2007 besonders für den ökologischen Landbau engagiert, gegen Windkraftanlagen in sensiblen Gebieten wie in Groß-Pinnow und gegen den Anbau von genetisch veränderten Lebens- und Futtermitteln in der Nationalparkregion. Nicht zuletzt hat er dezidiert Stellung genommen gegen das immer noch praktizierte Abpumpen des Nationalparks im Frühjahr. Der Verein wird auch künftig im Interesse des Gemeinwohls seine Stimme erheben, wenn es um den Schutz der Natur und die ökologischverträgliche Entwicklung des ländlichen Raumes geht.

THOMAS BERG
Vorstandsvorsitzender

HARTMUT WOHLTHAT
Vorstandsmitglied